

Gemäss dem an der GV einstimmig genehmigtem Antrag wurde dem Regierungsrat im Namen des Trägervereins am 25.2.2008 untenstehende Petition überreicht und mitgeteilt, dass mittels öffentlichen Veranstaltungen und einer intensiven sachlichen Info-Kampagne dem Begehren Nachachtung verschafft werde, falls ihm die verantwortlichen Behörden nicht entsprechen würden.

PETITION

Zu den Siedlungsentwicklungszielen und der Gesamtverkehrsplanung Höfe soll vor weiteren Abstimmungen zu Teilprojekten eine verbindliche Grundsatz-Abstimmung durchgeführt werden. Damit sollen die "behördenverbindlichen" Planungsvorgaben (kant. Richtplan/Masterplan Höfe) durch die Höfner Stimmbürger grundsätzlich bestätigt oder korrigiert werden können.

BEGRÜNDUNG

- 1. Die von den Behörden definierten Regionalentwicklungsziele und Vorentscheide zur Verkehrsplanung und Siedlungsentwicklung konnten bisher vom Volk nicht demokratisch diskutiert und verabschiedet werden.
- 2. Abstimmungen zu isolierten Teilprojekten mittels Planungs- und Baukreditvorlagen sind kein Ersatz für die fehlenden Grundsatzentscheide.
- 3. Die Argumente und Hintergründe für die behördliche Prioritätensetzung wurden bisher nicht vollständig kommuniziert.
- 4. Die Gesamtzusammenhänge und die Auswirkungen der einzelnen Teilprojekte auf das gesamte Bezirksgebiet sind der Öffentlichkeit noch nicht umfassend mitgeteilt worden.
- 5. Mit dem bisherigen Vorgehen sind massive Gefahren verbunden:
 - Fehleinschätzungen des Bürgerwillens
 - Fehlplanungen
 - Finanzielle Verluste in mehrstelliger Millionenhöhe
 - Verzögerung von Verbesserungsmassnahmen
 - Aufbau von Sachzwängen
 - Bevorzugung von Einzelinteressen zu Lasten des Gesamtwohls
 - Widersprüche in der Information und Kommunikation
 - Vertrauensverlust

ANGEBOT ZUR ZUSAMMENARBEIT

Den zuständigen Behörden und Ämtern bietet der Trägerverein des Bürgerforums Freienbach konstruktive Zusammenarbeit bei der Vorbereitung der Abstimmung an. Insbesondere empfiehlt einen bereits skizzierten Ablauf für ein Pilotprojekt, das die betroffene Bevölkerung in die Entwicklung der Abstimmungsvorlagen einbezieht.